Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 56. Abendblatt. Sonnabend, den 2. Februar. 1867.

Deutschland.

Berlin, 1. Februar. Der Herr Minister des Innern hat, wie die „Bk.- u. H.-Z." meldet, in Betreff der Wahlen der Abgeordneten zum norddeutschen Reichstage auf ergangene Anfrage bestimmt: 1) daß die Ernennung von unmittelbaren Staatsbeamten zu Protokollführern nicht ausgeschlossen ist; 2) daß der Wahlvorsteher nicht nothwendig in dem Wahlbezirke, in welchem er fungirt, zu wohnen braucht; 3) daß der Stellvertreter des Wahlvorstehers die von dem Letzteren vor Eintritt seiner Behinderung ernannten Protokollführer und Beisitzer beizubehalten habe; 4) daß es keinem Bedenken unterlige, daß auch Konzeptpapier zu den Stimmzetteln angewandt werden darf.

— Aus Hannover traf gestern der bis jetzt daselbst stationirt gewesene Königliche Salonwagen hier ein, welcher auf dem niederschlesischen Bahnhofe untergebracht wurde und daselbst einer Revision unterworfen werden soll.

— Im Abgeordnetenhause steht die Einbringung eines Antrages bevor, die Frankfurter Kontributionsanleihe von 6 Millionen Gulden auf die allgemeine Staatsschuld zu übernehmen.

— Von den Bezirksregierungen sind hier amtliche Berichte über den Stand der Saaten eingelaufen. Dieselben lauten befriedigend.

Wie man hört, ist in der letzten Zeit ein Gegenstand der besonderen Sorge der Königlichen Staatsregierung und Sr. Majestät des Königs die den westlichen Grenzbezirken des Landes durch die Einschleppung der Rinderpest widerfahrene Heimsuchung gewesen und hat Se. Majestät sich täglich darüber Bericht erstatten lassen. Um der Weiterverbreitung dieser Seuche auf alle Weise vorzubeugen, haben die Minister des Handels und der landwirthschaftlichen Angelegenheiten die Direktionen sämmtlicher Königlicher Eisenbahnen veranlaßt, die Viehwagen, namentlich diejenigen, in welchen Hornvieh transportirt worden, nach jedem Gebrauch derselben sofort einem Desinfektionsverfahren zu unterwerfen und namentlich dafür Sorge zu tragen, daß hierbei solche Mittel angewendet werden, deren Erfolg durch die Erfahrung schon bewährt ist. Zugleich sind die betreffenden Eisenbahndirektionen aufgefordert worden, den beiden Ministerien binnen drei Monaten über die Ausführung und die Wirkung der Maßregeln zu berichten.

Berlin, 1. Februar. (Abgeordnetenhaus.) 62. Sitzung. (Schluß.) Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der vereinigten Kommissionen für Handel und Finanzen über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Aufhebung des Salzmonopols und die Einführung einer Salz-Abgabe. — Ueber die Verhandlungen der Kommission haben wir seiner Zeit Mittheilung gemacht. — Der Referent Abg. Dr. Hammacher leitet die allgemeine Diskussion ein.

Finanz-Minister v. d. Heydt: Der Zweck der Vorlage hat in der Kommission allseitig Anerkennung gefunden. Es handelt sich allerdings um eine große Maßregel und ich bitte, mich schon jetzt über die Abänderungs-Vorschläge äußern zu dürfen. Die Regierung hat gegen den Antrag der Kommission zu §. 8: „Die Genehmigung des Landtags zu allen der gesetzlichen Feststellung bedürfenden Bestimmungen der Ausführungs-Verordnung (§. 4), über welche gegenwärtiges Gesetz keine Entscheidung trifft, bleibt dem Landtage vorbehalten" wesentliche Bedenken; denn wenn die Genehmigung nachträglich versagt wird, so ist die Regierung verhindert, Verträge abzuschließen und zur Ausführung zu bringen. Soll das Monopol sobald als möglich beseitigt werden, so bitte ich, diesen Paragraphen nicht zu genehmigen, weil derselbe einen unnöthigen Aufenthalt herbeiführen würde. Die Amendements, die eine niedrigere Steuer wollen, glaubt die Regierung nicht unterstützen zu können. So sehr die Regierung wünscht, das Monopol zu beseitigen, so gestattet die gegenwärtige Finanzlage eine solche niedrigere Abgabe nicht. Die Regierung ist einverstanden mit dem in den Amendements ausgesprochenen Wunsche. Sobald die Regierung in der Lage sein wird, eine Ermäßigung der Steuer vorzuschlagen, wird sie es thun. Was den Vorschlag der Kontingentirung der Steuern anlangt, so fragt es sich, ob nicht andere Erleichterungen nothwendiger sind. Die Regierung kann dem dahin gehenden Amendement ebenfalls nicht zustimmen.

Abg. Dr. Gneist weist nach, daß die Aufhebung des Salzmonopols nicht nur den Ertrag der Salzsteuer, sondern auch den Werth der Bergwerke erheblich heben werde. Der Finanzminister wird bei einer mäßigen Steuer ein gutes Geschäft machen. Man muß die Steuer gegenwärtig schon mäßig festsetzen; sobald das Monopol gefallen ist, hört der Kampf auf Leben und Tod auf. — Abg. Michaelis (Stettin): Die Vorlage ist von großer Wichtigkeit. Die Aufhebung des Salz-Monopols ist nothwendig, doch muß das, was an die Stelle desselben treten soll, so wenig drückend für die Bevölkerung wie möglich sein. Die Beseitigung des Salz-Monopols liegt nicht nur im Interesse der großen Gutsbesitzer und Fabrikanten, sondern im Interesse der gesammten Bevölkerung. Eine Voraussetzung liegt vor, deren Beantwortung Seitens der Regierung dringend nothwendig ist, nämlich die Frage: Werden wir mit dem Salzmonopol die Einschränkung des Handels mit Salz, d. h. mit denaturirtem Salz los, werden diese Salze, wenn sie in einen Zustand gebracht sind, der sie für den menschlichen Gebrauch nicht geeignet mehr macht, nur an Produzenten verabfolgt werden oder werden sie dem freien Verkehr übergeben? Das ist der entscheidende Punkt. Geschieht dies nicht, so wird die Entwickelung des Salzverbrauchs sehr lange auf sich warten lassen. — Die Festsetzung der Steuer auf Jahre hinaus sei nicht anzurathen, wohl aber eine jährliche Festsetzung derselben, da die Aufhebung des Monopols das Prinzip der Veränderlichkeit der Steuer erweitere. — Der Regierungs-Kommissarius Geh. Finanz-Rath Scheele erwidert, daß es in der bestimmten Absicht der Regierung liege, das denaturirte Salz vollständig dem freien Verkehr zu übergeben. Die veröffentlichten Materialien lassen darüber gar keinen Zweifel. — Abg. v. Hoverbeck: So schwer es mir wird, daß das Salzmonopol auch nur noch einen Tag länger bestehen solle, so muß ich dennoch erklären, daß ich in dieser Form das Gesetz nicht annehmen kann. Wäre ich der Hoffnung, daß in einigen Jahren eine Ermäßigung eintreten wird, so würde ich auch zu diesem Gesetze meine Zustimmung geben; aber ich bin überzeugt, daß, wenn jetzt neue Zollvereins-Verträge abgeschlossen werden, wir für lange Jahre eine Ermäßigung der Steuer unmöglich gemacht haben. Ich habe mit meinem Amendement versucht, einen Weg einzuschlagen, um unseren ärmeren Mitbürgern gerecht zu werden, ohne die Staatskasse erheblich zu drücken. Ich will für die ersten drei Jahre die Steuer von zwei Thalern belassen, dann aber eine allmähliche Ermäßigung eintreten lassen, bis im Jahre 1885 das Ziel erreicht und keine Steuer mehr erhoben wird.

Finanzminister v. d. Heydt: Daß eine Ermäßigung der Salzsteuer erwünscht ist, gebe ich zu und ebenso, daß die Freiheit des Verkehrs von größtem Interesse ist. Die Regierung ist aber nach dem Stande unserer Finanzen nicht in der Lage, auf eine Ermäßigung der Abgabe von vornherein einzugehen. Sie muß bei dem Stande der allgemeinen politischen Verhältnisse darauf sehen, den Zustand unserer Finanzen zu erhalten. Hüten Sie sich daher doch, das Zustandekommen des Gesetzes zu verhindern und das Monopol aufrecht zu erhalten; denn Sie können auch gar nicht wissen, ob die Regierung, wenn sie jetzt die Vorlage ablehnen, in so kurzer Zeit wieder eine solche Vorlage einbringen wird. Sie werden dagegen die Regierung zwingen, der Gleichmäßigkeit wegen das Monopol auch in Hannover einzuführen.

Abg v. Hagen: Ueber die letzte Bemerkung des Finanzministers bin ich sehr erstaunt; ich kann mich aber trotzdem durch das Erfreuliche der Vorlage nicht blenden lassen, daß ich für sie stimme, ohne das Interesse der Steuerpflichtigen zu berücksichtigen. Wenn wir jetzt wieder eine solche neue Steuer auf das Salz bewilligen wollen, so wird die wieder in derselben unerträglichen Höhe bis in die unabsehbare Zeiten bestehen bleiben. (Bravo!)

Abg. Twesten (für den Kommissionsantrag): Wenn es möglich wäre, durch die Aufhebung des Salzmonopols auch eine Herabsetzung des Preises herbeizuführen, würde ich natürlich sofort beistimmen. Dies ist aber zur Zeit nicht ausführbar. Zwei Momente sind es, die der Staatsregierung dabei hinderlich sind: die finanziellen Rücksichten im Allgemeinen und die Verhandlungen mit den süddeutschen Regierungen. Von den eingebrachten Amendements ist das Hagen'sche, welches die Ermäßigung der Salzsteuer von 2 Thlr. auf 1 Thlr. 20 Sgr. will, das einfachste; die Ermäßigung dürfte aber beim Detailverkauf nicht sehr in's Gewicht fallen; der Finanzminister aber erklärt, daß eine solche Ermäßigung augenblicklich nicht durchzuführen sei. Ich wünsche nun die Abschaffung des Monopols dringend, wenn auch eine Erleichterung damit nicht verbunden ist. — Was das Amendement Virchow betrifft, die Steuer von 2 Thlr. nur auf drei Jahre festzustellen, so ist dies ohne Zweifel der korrekte und beste Weg, um ein Steuerbewilligungsrecht zu erhalten. Es ist aber dabei zu bedenken, daß die Regierung mit der Aufhebung des Salzmonopols schon eine Konzession macht, und deshalb bei dieser Gelegenheit nicht noch das Steuerbewilligungsrecht einräumen wird, zumal sie die Einnahmen de außerpreußischen Regierungen nicht abhängig machen kann von den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses. Schon mit Rücksicht auf die neuen Landestheile muß das Gesetz durchaus zu Stande kommen. Denn die Wiedereinführung des Monopols in Hannover ist nicht durchführbar; ebensowenig ist aber die Aufrechterhaltung einer Zollschranke zwischen den alten und neuen Landestheilen möglich.

Abg. Dr. Virchow ist im Allgemeinen mit dem Kommissions-Antrage einverstanden, bittet aber dringend um Annahme seines Amendements. damit die Frage im Sinne richtiger volkswirthschaftlicher und konstitutioneller Prinzipien zum Austrag gebracht werde. — Einer Kontingentirung der Salzsteuer könnte er nicht zustimmen, da die Steuer nicht auf richtigen Prinzipien beruht, sondern die lästigste und drückendste Kopfsteuer ist, die es giebt; kontingentiren kann man nur eine an sich gerechte Steuer; die Salzsteuer ist aber keine gerechte Steuer, sondern kommt gleich nach der Mahl- und Schlachtsteuer; eine Kontingentirung dieser Steuer wäre nichts anderes, als eine Permanenz-Erklärung des Druckes auf die ärmeren Klassen. (Beifall.)

Finanzminister v. d. Heydt: Auf das Amendement des Abg. Virchow, betreffend die Beschränkung der Steuer auf die Dauer von 3 Jahren, nach welcher Zeit es dem Hause freistehen soll, die Steuer entweder herabzusetzen oder ganz zu streichen, kann die Staatsregierung nicht eingehen; denn es würden daraus unangenehme Ueberraschungen für den Finanzminister entstehen: die Finanzverwaltung muß aber jeder solchen Verlegenheit vorbeugen; sie solchen Verlegenheiten auszusetzen, dazu fehlt auch jede Veranlassung. Dem Finanzminister würde dadurch gänzlich die Möglichkeit genommen werden, geordneten Einnahmen die Ausgaben gegenüber stellen zu können. Wenn eine Herabsetzung später nöthig werden sollte, so hegt die Regierung gegen Sie das Vertrauen, daß Sie dazu die Initiative ergreifen werden. — Das, was der Vorredner aus den Motiven zum Gesetz anführte, daß das Salzmonopol in die neuen Länder nicht eingeführt werden dürfte, war eine ganz ehrliche Meinung: aber ich bin auch ebenso bestimmt der Meinung, daß in keinem Staate zwei verschiedene Systeme bestehen können; wenn Sie es also der Regierung unmöglich machen, das Salzmonopol aufzuheben, so zwingen Sie die Regierung, einen Rückschritt in Hannover zu machen. Es würde mir außerordentlich weh thun, eine solche Maßregel ausführen zu müssen. Ich beschwöre Sie deshalb, setzen Sie die Regierung nicht in diese unangenehme Lage; helfen Sie vielmehr eine Maßregel beseitigen, deren Beseitigung ich schon längst angestrebt habe. Ich empfehle Ihnen deshalb die Annahme des Gesetzes und die Verwerfung aller solcher Amendements, die das Zustandekommen desselben unmöglich machen. Was den §. 8 des Gesetzes anbetrifft, gegen den ich mich vorhin ausgesprochen, so bemerke ich, daß ich es allerdings lieber sehen würde, wenn Sie den Paragraphen nicht annehmen, um nicht einen Aufenthalt in der Ausführung des Gesetzes herbeizuführen. Theilen Sie meine Besorgnisse aber nicht, wollen Sie den Paragraphen annehmen, so sehe ich darin kein Hinderniß für die Regierung, dem ganzen Gesetze zuzustimmen. (Beifall rechts.) — Die General-Diskussion wird geschlossen und der Ref. Abg. Hammacher erhält noch das Wort, um noch einmal mit allem Nachdruck den Standpunkt des Kommissions-Antrages zu vertreten. Er erinnert daran, daß in Frankreich wie in England das Salz zu den verwegensten Experimenten der Besteuerung habe herhalten müssen, daß es in England bis 1825 pro Centner 20 Pfd. Sterl. gekostet habe. — Bei der nunmehr beginnenden Spezial-Diskussion über §. 1 erhält Herr Dr. Löwe das Wort gegen denselben. Die Minister überböten sich förmlich in der Berufung auf volkswirthschaftliche Gründe, wenn sie vom Hause die Uebernahme von Zins-Garantien oder Anleihen für Eisenbahnen verlangten. Wenn aber das Haus solche Gründe gegen das fiskalische Interesse vorführte, wie heute, dann sollen dieselben Gründe nichts gelten, dann soll die Berufung auf sie unpolitisch sein. Und dieselben Leute, die ihrem volkswirthschaftlichen Interesse durch Uebernahme einer Zinsgarantie für eine pommersche Bahn in glänzender Weise genügt haben, nehmen heute nicht Anstand, einen Salzpreis zu fixiren, der für gewisse abgelegene, von Eisenbahnen nicht erreichte Landesstriche sogar eine Vertheuerung gegen die Zeit des Monopols herbeiführt. Wozu hat man denn den Staatsschatz wieder gefüllt, wenn nicht, um in ihn im Fall des Bedürfnisses hineinzugreifen, bis dahin aber den Steuerzahlern, namentlich der geringsten Klasse unter ihnen, das Leben zu erleichtern. Immerhin sei es schon dankenswerth, wenn der Regierungs-Kommissar zum Konsum für das Vieh reines Steinsalz in Aussicht stelle. Denn welchen Unterschied man immerhin zwischen Menschen und Thieren statuiren mag (Heiterkeit), darin stimmt das Thier mit dem Menschen überein, daß es seinen Geschmack und seine Wünsche hat und daß es reines Steinsalz lieber nimmt, als denaturirtes. Und in welche Lage gerathen wir zu den Mitgliedern des Zollvereins? In jedem Falle müßte der niedrigste Preis, der im Gebiet eines Vereinsmitgliedes der herrschende ist, für die Gesammtheit zu Grunde gelegt werden, damit keinem ein höherer als der bisherige war, aufgenöthigt werde. Jetzt aber vertheuren wir unseren neuen Landestheilen (Kurhessen, Nassau, Frankfurt, den Herzogthümern, welche Letztere gar keine Salzsteuer kennen), den Salzpreis.

Abg. v. Blankenburg: Es regnet hier Amendements, als ob die Wohlthat der Aufhebung des Salzmonopols in Frage gestellt werden solle. Wie lange die Abgabe von 2 Thlr. erhoben werden wird, ob bis 1885 — wer mag das sagen? Für mich wäre der Termin zu weit hinausgeschoben. In England ist man von dem Preise von 20, ja 30 £ Sterl. pro Ctr. Salz bis zur völligen Abgabenfreiheit gelangt: so werden auch wir dazu kommen, aber ohne die Sache zu einem parlamentarischen Staatsstreich zu benutzen und die Aufhebung des Monopols an unerfüllbare Bedingungen zu knüpfen, um die Rechte dieses Hauses zu erweitern. (Widerspruch.) So haben Sie es mit der Gürtelbahn, mit der Ostbahn gemacht (Widerspruch) und Sie trösten sich, wenn die neuen Bahnen nicht gebaut werden, mit der Erweiterung Ihrer Rechte. Bei Eisenbahnfragen kann ich das noch verstehen, aber was denken Sie sich dabei, wenn Sie bei Gelegenheit des Salzmonopols ebenso operiren? — Es folgen persönliche Bemerkungen. — Bei der Abstimmung wird zunächst das Amendement Michaelis zu §. 1 mit großer Majorität angenommen, das des Hrn. Hagen mit 119 gegen 143 Stimmen in namentlicher Abstimmung verworfen, desgleichen werden die Amendements Virchow, Harkort und v. Hoverbeck abgelehnt und schließlich §. 1 des Kommissions Entwurfs fast einstimmig eventuell genehmigt. Die folgenden Paragraphen werden ohne Diskussion und schließlich das ganze Gesetz definitiv angenommen. — Die von der Kommission beantragte Resolution, die Staats-Regierung aufzufordern, auf die allmälige Herabsetzung der Salzsteuer und auf die Beseitigung der in den übrigen Zollvereinsstaaten etwa entgegen stehenden Hindernisse Bedacht zu nehmen, wird ohne Diskussion angenommen. — Ueber die Petitionen, welche eine Entschädigung der Privat-Salinenbesitzer, auf Kosten des Staates befürworten, wird, nachdem Abg. v. Bockum-Dolffs dieselben zur Berücksichtigung empfohlen, der Regierungs-Kommissarius Scheele und der Finanzminister sich dagegen erklärt, nach dem Antrage der Kommission zur Tagesordnung übergegangen. Der Finanzminister bemerkt, jene Privaten hätten vom Staate höhere Preise bezogen, als er zu zahlen nöthig gehabt; sie hätten das Ihrige genossen. (Heiterkeit.) — Schluß 4 Uhr. Die nächste Sitzung setzt der Präsident auf morgen 12 Uhr an, obwohl katholischer Feiertag sei, mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der noch restirenden Arbeiten. Herr Rohden erklärt im Namen seiner katholischen Freunde, daß er nichts dagegen habe, falls das Präsidium und das Haus das nicht als ein Recht in Anspruch nehme. Tagesordnung: Pommersches Lehns-Gesetz, Thurn und Taxisches Postrecht, Gesetz-Entwürfe, betreffend die Steuer von Aktien, Aufhebung der Begleitscheine und Bleie.

Breslau, 31. Januar. Der von Dr. Stein und 50 anderen Stadtverordneten eingebrachte Antrag: zu beschließen, den in Breslau gewählten Parlaments-Abgeordneten dieselben Diäten und Reisekosten durch die Kommune zu bewilligen, wie sie Seitens des Staates den Abgeordneten des Landtages gewährt werden, und den Magistrat zu ersuchen, diesem Beschlusse beizutreten und denselben zur Ausführung zu bringen, wird Seitens des Referenten begründet. In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten wurde beschlossen: Den Antrag von Dr. Stein und Genossen mit der von der Finanz-Kommission ausgesprochenen Voraussetzung, und der Beschränkung, daß die Diäten nur für das nächste Parlament gezahlt werden sollen, zu genehmigen.

Hannover, 31. Januar. Hannoverschen Offizieren, die sich zum Uebertritt in die preußische Armee gemeldet, ist, dem „H. K." zufolge, angezeigt, daß ihre Aufnahmegesuche am 22. d. M. Sr. Maj. dem Könige vorgelegt sind. Diejenigen, welche um Pensionirung nachgesucht, sind aufgefordert, ärztliche Atteste nachzuliefern. — Die Musterung der Militärpflichtigen aus dem Geburtsjahre 1846 wird dem Vernehmen nach im Mai, die Einstellung im Oktober d. J. stattfinden.

Darmstadt, 31. Januar. Die Verhandlungen zwischen der Großh. und der Königl. preußischen Regierung wegen Verkaufs der Main-Weserbahn an den preußischen Staat sollen dem Abschluß sehr nahe stehen. Wie wir weiter erfahren, sollen daher in der Provinz Oberhessen die betreffenden Orte Petitionen an die G. Regierung vorbereiten, worin die Nothwendigkeit dargelegt werden soll, daß der Erlös aus der Main-Weserbahn zur Anlage von neuen Eisenbahnen in der Provinz Oberhessen verwendet werden möge. (Fr. J.)

Dresden, 31. Januar. Ende Februar werden die Rekrutirungen für die sächsische Armee ihren Anfang nehmen. Nach den „Dr. Nachr." sollen etwa 9000 Mann, also ungefähr 3000 Mann mehr wie voriges Jahr, ausgehoben werden. Dasselbe Blatt erklärt die große Anzahl derer, die sich als Einjährig-Freiwillige gemeldet haben (in der Kreisdirektion Leipzig etwa 800, in Dresden etwa 500), aus dem Umstande, daß Viele sich wohl in dem Ueberschlag der Kosten des einjährigen Dienstes verrechnet hätten, und schlägt dieselben auf 500—600 Thlr. an. Es erscheint geboten, dagegen zu bemerken, daß dieser Anschlag als Durchschnitt viel zu hoch gegriffen ist. Eher möchte sich eine Verrechnung in Bezug auf die Forderungen der Prüfung zu dem einjährigen Dienste herausstellen.

Ausland.

Wien, 31. Januar. Das Gerücht, daß der Kaiser die Ernennung der ungarischen Minister schon vollzogen hat, ist völlig unbegründet. Die Liste der Minister-Kandidaten verändert sich noch alle Tage. Es fehlt wirklich an Männern, die das Vertrauen des Landes genießen. Deak besteht auf seinem Vorsatz, kein Portefeuille anzunehmen; er will seine Laufbahn mit dem Ausgleich abschließen und bei seinem Alter (er ist etwa 65 Jahre alt) keine neue Karriere antreten. Er schmeichelt sich mit der Rolle eines Patriarchen, der auf sein Werk mit Wohlgefallen herabsieht und von seinem Volke mit Ehrfurcht betrachtet wird. Nebenbei will er seine Partei, die bei seinem Eintritt ins Ministerium zerstieben würde, zusammenhalten. Ueber die andern Kandidaten, mit Ausnahme von Eötvös, sind die Ansichten sehr getheilt; man führt sie auf, weil man eben keine Andern hat oder weil man von ihnen, ohne zu wissen weshalb, Etwas erwartet.

Paris, 31. Januar. In diesem Augenblicke sind, wie es heißt, die Tischler und Zimmerleute mit der Wiederherstellung der Rednertribünen im Senate und in der Kammer beschäftigt. Es scheint mit zu der Krönung des Staatsgebäudes zu gehören, daß die Redner nicht mehr gehalten sind, von ihren Plätzen zu sprechen. Was die Tagespresse anbelangt, so ist noch immer die Frage, ob vorläufige Autorisation zur Herausgabe von Journalen oder nicht? Man versichert, die persönliche Ansicht des Kaisers sei, daß diese Autorisation abgeschafft werden müsse, obgleich ihm bemerkt wurde, daß die orleanistische Partei, der es an Geldmitteln nicht fehlt, nur hierauf warte, um eine Menge von Blättern in den Departements zu gründen.

London, 30. Januar. Telegraphisch trifft die Nachricht von dem Untergange eines Schraubendampfers, des „Fortuano" ein. Er wurde bei Atherfield auf die felsige Küste geworfen und von der sehr stürmischen See, die gerade diese Stelle durch eine furchtbare Brandung und schreckliche Rückstöße zu einem Leichenacker für

Seeleute und zu einer Stätte der Zerstörung für die Schifffahrt gemacht hat, bald dermaßen zugerichtet, daß man daran denken mußte, das Leben der Mannschaft zu schützen. Die Küstenwache brachte ihren Raketen-Apparat in Thätigkeit und Kapitän und die Mannschaft wurden gerettet. Unter den Geretteten befanden sich auch der Kapitän und drei Mann von der Brigg „Evangelist“, die schon vorher im Mittelländischen Meere Schiffbruch gelitten hatten und von dem „Fortuano“ aufgenommen worden waren.

— Der „Globe“ ist sehr erfreut, zu vernehmen, daß die italienische Regierung beschlossen habe, in der orientalischen Frage eine streng neutrale Haltung zu beobachten und ein gutes Einvernehmen mit der Pforte zu pflegen. Es sei dies von großer Wichtigkeit, da es dazu dienen werde, die Hoffnungen der Kandioten, so wie überhaupt der christlichen Stämme des ottomanischen Reiches herabzustimmen und die Ruhe zu befestigen. Auf Italien hätten die Rajas vorzugsweise gerechnet.

Florenz, 30. Januar. Ueber die Zustände in Rom wird der „N. Pr. Z.“ in einem Briefe aus Paris Folgendes geschrieben: Der „Monde“, der sich — und wohl mit Recht — nicht ausreden lassen will, daß die viel besprochene Ermordung des päpstlichen Zouaven in Rom ein politischer Mord gewesen sei, läßt sich aus Rom noch einige Details über den Hergang der Dinge mittheilen, die aber kein besonderes Interesse bieten. Wichtiger ist Folgendes: Die revolutionären Comités fahren fort, vermittelst Einschüchterung zu Werke zu gehen, und die meisten römischen Familien wagem es nicht mehr, die Theater zu besuchen, weil sie fürchten, das dieselben in Brand gesteckt werden. Von anderer Seite wird dasselbe geschrieben. Auch die französischen Offiziere und Zouaven erhalten anonyme, mit allerlei grausigen Emblemen (als Todtenköpfen, Dolchen u. s. w.) gezierte Drohbriefe. Dies verhindert jedoch nicht, daß fortwährend junge Männer aus den westlichen und südlichen Provinzen Frankreichs noch in Rom eintreffen, um Dienste zu nehmen. Der Kaiserlichen Regierung ist das nicht angenehm. Sie glaubt darin eine systematische Opposition der legitimistisch-klerikalen Partei, eine Art von Manifestation gegen sich selber zu erblicken.

Florenz, 30. Januar. In der heutigen Sitzung der Deputirten-Kammer interpellirte Bixio die Regierung in Betreff des Vorfalls der Fregatte „Formidable“, auf welche aus einem österreichischen Fort geschossen worden ist. Brixio mißbilligte das Verfahren des Kapitains der Fregatte. Der Marineminister sagte, das österreichische Fort habe aus Irrthum auf die Fregatte geschossen und füzte hinzu, in dieser Beziehung seien Verhandlungen mit Oesterreich angeknüpft. Die Interpellation hatte keine weitere Folge.

Madrid, 29. Januar. Ein an den Finanzminister gerichteter Königl. Befehl setzt ein neues Reglement zu dem Zwecke fest, den Verkauf der Nationalgüter zu erleichtern.

Athen, 12. Januar. Das Journal „Hellas“ führt in einem sehr verständig gehaltenen Artikel über die griechische Politik des Weitern aus, daß man im übrigen Europa jetzt dem geistlichen Volke viel Unrechtes thut, wenn man es so ohne Weiteres als unfähig darstellt, die Sache der Christenheit (um es kurz auszudrücken) im Orient zu vertreten. Der Verfasser erinnert daran, daß man noch vor wenigen Jahren auch die Deutschen für politisch unfähig erklärt habe, und zeigt, daß die Mängel der politischen Aktion Griechenlands nicht im Geist des griechischen Volkes ihre Quelle haben, daß vielmehr neben der Freiheitsliebe auch der Ordnungssinn des griechischen Volkes sehr stark sei, der sich besonders in der Liebe des Griechen zum Königthum, zur Monarchie zeige. Man dürfe die Vertreibung des Königs Otto nicht dagegen anführen; auch die sehr monarchisch gesinntenn Engländer hätten eine Dynastie vertrieben, und Griechenland hat das Unglück, daß es kein feudales und aristokratisches Mittelalter durchlebt hat.

Warschau, 29. Januar. (Post.) Ein hiesiger katholischer Geistlicher, der Divisions-Kaplan und Ehrendomherr Stanislaw Felinski, ein Verwandter des bekannten Erzbischofs dieses Namens, hat in einer der letzten Nummern des „Dz. Warsz.“ einen heftigen Artikel gegen die polnische Geistlichkeit veröffentlicht, der nicht geringes Aufsehen erregt hat. Es heißt in dem Artikel: „Man kann Polen den Sitz des finstersten Fanatismus nennen, deshalb, weil die Geistlichkeit im Volke Feindschaft und Haß gegen alles Akatholische verbreitet, sich fortwährend in politische Sachen gemischt und einen hervorragenden Antheil am letzten Aufstande genommen hat. Durch Drehereien und Schwindeleien hat die Geistlichkeit aus der christlichen römisch-katholischen Religion eine neue, die polnisch-katholische, gemacht.“ Der Klostergeistlichkeit wirft Hr. Felinski vor, daß sie den Weibern den Kopf verdrehe, Leichtgläubige fanatisire und geheimen politischen Intriguen ergeben sei. Er belobt die russische Regierung, daß sie eine Anzahl dieser „schädlichen Kongregationen“ aufgehoben habe, und bedauert, daß dies noch nicht mit allen geschehen sei. Wegen Zulassung dieses Artikels hat der Vorgesetzte der Censur der Tagespresse und Direktor des amtlichen „Dz. Warsz.“, sowie der „Russischen Zeitung“, der General Pawliszesew, heute unerwartetet seine Demission erhalten.

Newyork, 19. Januar. Eine französische Truppe von 1000 Mann wurde bei San Juan (Chihuahua) überrumpelt und verlor 250 Gefangene. Der Kaiserliche General Mejia marschirt gegen Tampico.

Pommern.

Stettin, 2. Februar. In der gestrigen Staderordneten-Sitzung theilte der Herr Vorsitzende zunächst mit, daß von der 4. Abtheilung in Stelle des Herrn Justizrathes Pitzschky der Zimmermeister Herr Fr. Wilh. Schultz zum Mitgliede der Oekonomie-Deputation gewählt sei. — Sodann fand die Bürgermeisterwahl statt, über deren Resultat wir bereits im Morgenblatte berichtet haben. — Demnächst ging die Versammlung zur Berathung des Berichtes der Rechnungs-Abnahme-Kommission über die Prüfung des Etatsentwurfes pro 1867 über. Herr Dr. Amelung leitete sein Referat damit ein, daß er zuerst über den vom Magistrat vorgelegten besonderen Etat der Feuer-Sozietäts-Kasse, welcher in Einnahme und Ausgabe balancirend mit 13,951 Rt. 11 Sgr. 2 ₰ abschließt, berichtete. Zwischen Magistrat und Stadtverordneten besteht schon seit längerer Zeit eine Differenz bezüglich der Rechtmäßigkeit des vom ersteren aus der Feuer-Sozietätskasse beanspruchten Beitrages von jährlich 3000 Rt. zu den Kosten des städtischen Feuerlöschwesens. Die Kommission hat auch demzufolge den Magistrat nicht für berechtigt erachtet, aus jener Kasse für die Kämmereikasse anders als zur Unterhaltung der Löschgeräthe einen (etatsmäßig auf 600 Rt. pro anno veranschlagten) Beitrag zu fordern und bei der Versammlung den Antrag gestellt: „als nothwendige Ausgabe aus der Feuersozietäts-Kasse für die Feuerwehr, in specie für Reparatur der Feuerlöschgeräthe, nur jene 600 Rt. zu bewilligen, die überschießenden 2400 Rt. aber zur Erhöhung des Reservefonds zu verwenden und den Magistrat im Uebrigen zu ersuchen, die erforderlichen Einleitungen zu treffen, um im Wege der Gesetzgebung eine den Intentionen des Magistrats entsprechende Abänderung des vom Jahre 1752 datirenden Statuts der Feuersozietäts-Kasse herbeizuführen. Herr Kämmerer Hoffmann erklärte Namens des Magistrats etwa Folgendes: Letzterer wäre der Ansicht, daß der Feuersozietäts-Fonds ein städtischer Fonds sei und daß der Magistrat demgemäß auch das vollständige Recht habe, zu beschließen, was aus demselben gezahlt werden solle und was nicht. Auch die Königl. Regierung, resp. der Herr Ober-Präsident, habe bereits früher entschieden, daß den städtischen Behörden die Entscheidung in letzterer Beziehung zustehe und bäte er, es bei der Ausgabe zu belassen. Es liege unbedingt im Interesse der Hausbesitzer, gute Löschanstalten zu haben; i. J. 1846 sei der Beschuß gefaßt: 1) eine bezahlte Feuerwehr einzurichten, 2) die Hälfte der bezüglichen Kosten auf die Kämmereikasse zu übernehmen und durch die jetzige neuere Einrichtung des Feuerlöschwesens sei auch in den gegenseitigen Rechten und Pflichten keine Aenderung eingetreten. Er könne es nur als eine zu große Gewissenhaftigkeit ansehen, wenn die Versammlung sich das bisher faktisch ausgeübte Recht der Kostenbewilligung fernerhin selbst beschränke. Uebrigens glaube er auch nicht, daß event. selbst das Ministerium eine dem vorerwähnten Ausspruche der ihm untergeordneten Behörden entgegenstehende Entscheidung treffen würde. Hr. Dr. Zachariä suchte in einem längeren Vortrage nachzuweisen, daß man nur an den Bestimmungen der Stiftungsurkunde vom Jahre 1752 festhalten könne; nach denselben sei aus der Sozietätskasse aber nur Entschädigung zu gewähren: a) für den durch Brand entstandenen Schaden; b) für die bei der Dämpfung des Feuers entstandenen Beschädigungen und c) für die Unterhaltung der Feuerlöschgeräthe. Das jetzige Verlangen der Zahlung der in Rede stehenden 3000 Thlr. involvire dagegen eine offenbare Vermögens-Konfikstion. — Die hiernächst vorgenommene Abstimmung ergab die Annahme der Kommissionsanträge. — Sodann wurde mit der Berathung des Prüfungsberichtes über den Hauptetat begonnen und gab Herr Kämmerer Hoffmann vorweg die Erklärung ab, daß der Magistrat — abweichend von dem sonst beliebten Verfahren, wonach demselben die Beschlüsse der Versammlung erst wieder zur Aeußerung zugefertigt seien und wodurch die Feststellung des Etats nur verzögert würde — die heutigen Beschlüsse als „definitive“ hinnehmen werde. (Der von der Rechnungs-Abnahme-Kommission bezüglich der Prüfung des Etats aufgestellte höchst komplizirte Bericht enthält, wie wir hier erläuternd bemerken wollen, 101 verschiedene Monitas, deren spezielle Mittheilung wir uns um so eher versagen können, als wie dieselben zum allergrößten Theile gar kein allgemeines Interesse darbieten. Als Hauptsache führen wir dagegen an, daß in jenem Berichte die Aufrechthaltung eines Ordinariums und eines Extraordinariums, welche der Magistrat in seiner Vorlage als nicht zweckmäßig bezeichnet hatte, in strengster Weise durchgeführt wird. Während der Entwurf des Magistrats ein bedeutendes Defizit anfweist, zu dessen Deckung eine neue Kommunal-Realsteuer im Betrage von 32,512 Thlr. eingeführt werden, sowie der Rest der Stadtobligationen Littr. G. von 10,000 Thlr. und die erste Rate einer neuen Anleihe im Betrage von 98,000 Thlr. dienen soll, stellt sich das Resultat nach der Zusammenstellung der Rechnungs-Abnahme-Kommission in Folge einer Menge von Streichungen und Uebertragungen auf das Extraordinarium im Ordinarium so günstig, daß nicht nur von der Einführung einer Real-Kommunalsteuer Abstand genommen, sondern auch der Portionssatz der Personal-Kommunalsteuer von 20 auf 10 Sgr. ermäßigt werden kann und dennoch ein Ueberschuß von 31,402 Thlr. 14 Sgr. 2 Pf. bleibt. Die Ausgaben des Extraordinariums stellt der Bericht der Kommission auf 172,959 Thlr. 21 Sgr. 1 Pf. fest, zu deren Deckung die Erstattung für Kriegsleistungen, die vorhandenen 10,000 Thlr. Obligationen Littr. G. und eine Anleihe von 117,445 Thlr. 21 Sgr. 1 Pf. dienen sollen.) Nach Abgabe der vorgedachten Erklärung bemerkte der Herr Kämmerer weiter, daß 31 von ihm speziell aufgezählte Monita Seitens des Magistrats als „Verbesserungen“ anerkannt würden und daß derselbe sich deshalb mit diesen Monita's unbedingt einverstanden erkläre, wodurch dieselben also erledigt waren. Bezüglich der übrigen 70 Monita trat die Versammlung sodann in die Debatte ein, welche indessen in der gestrigen Sitzung nicht zu Ende kam, deren Fortsetzung vielmehr um 8 Uhr bis zur nächsten Sitzung vertagt wurde. Es ist fast überall nach den Anträgen der Rechnungs-Abnahme-Kommission entschieden. Abgelehnt wurden nur folgende Kommissions-Anträge: 1) von den auf 200 Thlr. veranschlagten Reparaturkosten der Kudostie 100 Thlr., 2) von den für Erleuchtung der Vorstädte durch Petroleumlampen veranschlagten 2300 Thlr. 500 Thlr. zu streichen, (anstatt der 500 Thlr. wurden nur 300 Thlr. abgesetzt) und 3) die auf 400 Thlr. veranschlagte Summe des Verdienstes aus den Arbeiten der Feuerwehr für die städtische Verwaltung um 300 Thlr. zu erhöhen. — Der Herr Kämmerer theilte übrigens in bereitwilliger Weise schon vor dem Beginn der Debatte auch rücksichtlich vieler vom Magistrat nicht anerkannter Monita die Ansichten mit, welche den Magistrat bei Aufstellung der bemängelten Etatspositionen im Allgemeinen geleitet haben und erkannte der Referent das vom Magistrat bewiesene Entgegenkommen, wodurch die Erledigung der Sache wesentlich gefördert werde, mit besonderem Danke an.

Stettin, 2. Februar. Gestern Abend wurde die Frau eines hiesigen Zimmergesellen, welche in Begleitung ihrer 16jährigen Tochter in verschiedenen Geschäftslokalen Gelegenheitsdiebstähle verübt, verhaftet.

— Der Milchpächter Haase vom benachbarten Gute Wendorf hielt gestern Mittag mit seinem Fuhrwerke, auf dem sich die verehelichte Haase befand, vor dem Moritzschen Schankladen in der Langenbrückstraße. Bei Gelegenheit des versuchten Vorbeifahrens eines einem hiesigen Kaufmann gehörigen Wagens wurde der Hintertheil des Haaseschen Fuhrwerks vom ersteren erfaßt, die Deichsel in das Schaufenster des Ladens gedrängt und dies sowie verschiedene dort aufgestellte Flaschen mit Getränken zertrümmert. Ebenso fiel die Frau H. vom Wagen und erlitt dadurch einige indessen nur unbedeutende Verletzungen.

— Der Handelsminister hat bestimmt, die Benutzung der Rettungs-Apparate denjenigen Gegenständen hinzutreten zu lassen, über welche Schiffer und Steuerleute geprüft werden.

— Der geschäftsführende Ausschuß der „National-Invaliden-Stiftung“ veröffentlicht das erste Hauptverzeichniß der eingegangenen Beiträge. Dieselben umfassen in 1162 Posten die Summe von 253,963 Thlr. 6 Sgr. 5 Pf. Die Gaben aus unserer Provinz erreichen die Höhe von 2801 Thlr. 16 Sgr. 10 Pf.

Stargard, 2. Februar. Bei der am Montag in öffentlicher Stadtverordneten-Sitzung vorzunehmenden Wahl eines Bürgermeisters werden voraussichtlich auf engere Wahl kommen die Herren Syndikus Pehlemann von hier, Kreisrichter Krech in Triebsees, Bürgermeister Kampfmeyer in Rügenwalde und Syndikus Joseph in Thorn.

Pyritz, 31. Januar. In einer gestern hier stattgehabten konservativen Versammlung wurde der Landrath des Pyritzer Kreises, Herr v. Schöning-Clemmen, als Kandidat zum norddeutschen Parlamente aufgestellt, und zu recht reger Betheiligung bei der bevorstehenden Wahl aufgefordert.

Vermischtes.

Magdeburg, 31. Januar. (Sp. Z.) Nachstehender Fall liefert abermals den Beweis, wie unumgänglich nöthig es ist, daß jedes geschlachtete Schwein auf Trichinen untersucht werde, um häufig entsetzliches Unglück zu verhüten; andererseits aber ist derselbe auch vom medizinischen Standpunkte aus wahrscheinlich nicht ohne Interesse. Die Wittwe W. in Möckern hatte drei Schweine gemästet und eins davon etwa zehn Tage vor Weihnachten geschlachtet, ohne die nöthige Untersuchung vornehmen zu lassen; die beiden anderen verkaufte sie an den Kaufmann K. Letzterer schlachtete von diesen kurz nach Weihnachten ebenfalls ein Schwein, ließ es untersuchen, und es stellte sich heraus, daß es durch und durch trichinös war. Um diese Zeit, also 14 Tage nach dem ersten Genuß des Fleisches, erkrankten die drei Söhne der Wittwe W. und in Folge der rasch bekannt gewordenen Entdeckung bei dem Kaufmann K., so wie davon, daß die Hauskatze höchst jammervoll krepirt war, veranlaßten dieselben die nachträgliche Untersuchung des noch vorhandenen Schweinefleisches. Der furchtbare Verdacht wurde zur Wahrheit, die drei jungen Männer, im Alter von 29 bis 30 Jahren, waren trichinenkrank. Die Krankheit trat in entsetzlicher Gestalt auf; der erste starb nach etwa 14 Tagen, der zweite am 25. d. und der dritte war, als Schreiber dieses Möckern verließ, in einem vollständig hoffnungslosen Zustande. (Wahrscheinlich ist er ebenfalls gestorben, denn eine Zuschrift aus Möckern vom 28. M. meldet, daß bereits drei Glieder der Familie der Krankheit erlegen sind. Die Red.) Die Wittwe W. hatte von dem Schwein nur gekochtes oder gebratenes Fleisch gegessen und ist bis heute ganz gesund, während die drei Söhne rohes, gehacktes Fleisch genossen hatten. Das dritte von den Schweinen verkaufte K. zu sehr billigem Preise unter dem besonderen Vermerk, daß er fürchte, es habe ebenfalls Trichinen. Der Käufer ließ es in Burg schlachten und bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß es ebenfalls durch und durch trichinös war. — Es ist bemerkenswerth, daß die drei Schweine sich von klein auf sehr gut gefüttert und nie ein Symptom von Krankheit gezeigt haben; dagegen sind zwei andere Schweine, die von demselben Mutterschweine und von demselben Wurfe stammen, aber einem anderen Besitzer gehörten, seit längerer Zeit geschlachtet und für vollständig trichinenfrei erkannt worden.

Neueste Nachrichten.

München, 1. Februar, Nachmittags. Gutem Vernehmen nach ist der Abgeordnete Umbscheiden zum Ministerialrath ernannt worden. Die Arbeiten der Militär-Kommission für die Stuttgarter Konferenzen sind heute beendigt. Der Staatsrath wird in heutiger Sitzung über die Vertagung des Landtags Beschluß fassen.

München, 1. Februar, Abends. In der heutigen Sitzung des Reichsraths beantwortete der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Fürst Hohenlohe eine Interpellation über seine auswärtige Politik. Der Fürst erklärte unter Anderem, er sehe mit Befriedigung, daß das hohe Haus mit der von ihm im Abgeordnetenhause gegebenen Erklärung einverstanden sei. Dieses Einverständniß befestige die Stellung Baierns. Nur ein Punkt bedürfe noch weiterer Erläuterung; er verstehe unter dem anzustrebenden Bündniß mit Preußen und den übrigen deutschen Staaten einen auf dem Boden vollkommenster Gleichberechtigung abzuschließenden Staatsvertrag, durch welchen die Integrität des Gebietes und gegenseitige Hülfe bei Gefährdung dieser Integrität gewährleistet werde. Daß ein solcher Vertrag die Freiheit der Entscheidung nicht gleichmäßig vorbehalte, sondern gleichmäßig beschränke, werde dem hohen Hause kaum entgehen. Im Uebrigen bezog sich der Fürst auf seine Erklärungen vom 19. und 23. v. Mts.

Wien, 1. Februar, Nachmittags. Bei der Ziehung der 1860er Loose kamen folgende Serien heraus: Serie 105. 789. 1232. 1539. 1554. 1562. 1958. 2486. 2524. 2822. 2909. 5329 (?). 4074. 4249. 4481. 4541. 4689. 4846. 5815. 6333. 8320. 8784. 9110. 10,261. 10,341. 10,703. 11,510. 11,965. 12,646. 12,751. 12,869. 12,904. 13,404. 13,707. 14,235. 14,692. 14,966. 15,327. 15,364. 15,437. 15,658. 15,713. 15,891. 16,173. 16,651. 17,689. 17,963. 18,174. 18,180. 18,544. 18,576. 19,090. 19,158. 19,552. 19,760.

Kopenhagen, 1. Februar, Abends. Sicherem Vernehmen nach begiebt sich Prinz Johann von Dänemark am Sonntag nach Athen. Gleich nach der Ankunft des Prinzen in Athen erwartet man die Abreise des Königs Georgios nach Kopenhagen.

Petersburg, 1. Februar., Nachmittags. Auf Befehl des Kaisers ist für die Anlage einer Bahn von Kursk nach Kiew die Konzession an die Herren Dervis, Meck und Dolgorucki ertheilt worden. Die Länge der Bahn beträgt 438 Werst; das Gründungs-Kapital ist auf $4\frac{1}{2}$ Mill. veranschlagt, bis zu welchem Betrage Obligationen ausgegeben werden. Die Aktien werden ausgestellt in Pfunden, Francs, Thalern und holländischen Gulden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 2. Februar. Witterung: regnigt, gestern Abend leichter Frost. Temperatur + 3° R. Wind: SO.

An der Börse.

Weizen wenig verändert, loco pr. 85pfd. gelber und weißbunter 80—85 Rt. bez., do. geringer 70—78 Rt. bez., feiner 86—$87\frac{1}{2}$ Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr $84\frac{3}{4}$ Rt. bez., 85 Br., $84\frac{1}{2}$ Gd., Mai-Juni $85\frac{1}{4}$ Rt. bez., 85 Gd.

Roggen matter, pr. 2000 Pfd. loco 55—$57\frac{1}{2}$ Rt. bez., Februar $55\frac{1}{4}$ Rt. Gd., Frühjahr $54\frac{1}{2}$ Rt. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 55 Rt. Br, Juni-Juli $55\frac{1}{4}$ Rt. Br.

Gerste pr. Frühjahr 69—70pfd. schles. $49\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Hafer 47—50pfd. Frühjahr $31\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Rüböl höher gehalten, loco $11\frac{2}{3}$ Rt. Br., Februar $11\frac{1}{2}$ Rt. Br., April-Mai $11\frac{5}{8}$ Rt. Br., $\frac{3}{4}$ Rt. Gd., September-Oktober 12 Rt. Br., $11\frac{5}{6}$ Rt. Gd.

Spiritus fester, loco ohne Faß $16\frac{2}{3}$ Rt. bez., Februar $16\frac{7}{12}$ Rt. bez., Frühjahr 17, $16\frac{7}{8}$ Rt. bez., Mai-Juni $17\frac{1}{6}$, Rt. Gd.

Landmarkt.

Weizen 84—89 Rt., Roggen 54—59 Rt., Gerste 44—50 Rt., Erbsen 54—60 Rt. per 25 Schffl., Hafer 27—31 Rt. per 26 Schffl., Stroh pr. Schock 6—8 Rt., Heu pr. Ctr. 15—25 Sgr.

Hamburg, 1. Februar. Getreidemarkt geschäftslos, Notirungen nominell. Weizen pr. Febuar 5400 Pfd. netto 150 Bankothaler Br., 149 Gd., pr. Frühjahr 143 Br., 142 Gd. Roggen pr. Februar 5000 Pfd. Brutto 92 Br., 91 Gd., pr. Frühjahr 88 Br., 87 Gd. Hafer unverändert, matt. Oel loco $25\frac{3}{8}$—$25\frac{1}{4}$, pr. Mai $25\frac{3}{8}$, pr. Oktober $26\frac{1}{4}$. Kaffee und Zink sehr still. — Mildes Wetter.

Amsterdam, 1. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen, Detailgeschäft. Roggen auf Termine fest. Raps pr. April 69, pr. Oktober 70. Rüböl pr. Mai $38\frac{3}{4}$, pr. Oktober-Dezember $39\frac{7}{8}$.